

Das alles sind Erscheinungen, die der Partei großen Schaden zufügen und die die Arbeit des Staatssekretariats und der Hochschulleitungen erschweren.

Weit verbreitet ist nach wie vor die Mobilisierung der Parteiorganisationen und der FDJ-Hochschulgruppen für die Durchführung von Verwaltungsarbeit, wie Wohnungsbeschaffung, Stipendienerteilung usw. Das Sekretariat der Parteileitung der Universität Jena beschloß z. B., je einen Genossen in das Wohnungsamt und in den Wohnungsausschuß zu setzen.

Eine Bedingung für die Überwindung dieser Übernahme von Verwaltungsarbeit ist eine Verstärkung der Hochschulverwaltung durch neue Kräfte. Das gilt vor allen Dingen für die Prorektorate für Studentenangelegenheiten, für die Finanzabteilung und in erster Linie für die Personalabteilungen, die mit zuverlässigen politisch qualifizierten Kräften besetzt werden müssen.

Die vorherrschende Arbeitsmethode der Parteileitungen ist nach wie vor die der Anweisungen an die untergeordneten Organisationen sowie an die Genossen in den Massenorganisationen, in Friedenskomitees usw.; die Methode der Überzeugung, der konkreten Anleitung, der Beratung, der Schaffung von Beispielen wird jedoch völlig ungenügend angewandt. Ebenso gibt es kaum eine Kontrolle der

Durchführung der Beschlüsse. Infolge der mangelhaften Führung durch die Partei ergibt sich sogar, daß die demokratischen Organisationen die Parteiarbeit anleiten, anstatt umgekehrt. Wir haben ein solches Beispiel von der Universität Greifswald, wo der Ausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland einen Beschluß über die Arbeit der Parteiorganisation faßte und die Parteiorganisation anwies, monatliche Berichte über den Friedenskampf beim Rundfunk zu geben und je zehn Exemplare von „Deutschlands Stimme“ für jede Parteiorganisation wöchentlich zu beziehen.

Wir brauchen nicht die Methode des Kommandierens gegenüber den untergeordneten Parteiorganisationen und auch nicht das Kommandieren der Genossen in den demokratischen Organisationen, sondern wir brauchen Hilfe und Beratung, Schaffung von Beispielen. Besonders aber muß man dafür sorgen, daß wir gerade jetzt — bei der Durchführung des Zehnmonatestudienjahres — stabile Parteileitungen erhalten, die tatsächlich imstande sind, die Arbeit durchzuführen, den ideologischen Kampf an der Universität gegen reaktionäre feindliche imperialistische Einflüsse zu organisieren, das Verhältnis zu den parteilosen und bürgerlichen Professoren zu verbessern und die Studienarbeit zu qualifizieren. Die Wahl der Parteileitungen muß daher die nötigen Voraussetzungen schaffen.

(Fortsetzung von Seite 21)

zur Friedensbewegung, zu den Friedenskomitees an den Universitäten. Das kommt darin zum Ausdruck, daß die Genossen das „Forum“ der Friedensbewegung ständig mit der Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland oder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verwechseln. Darin kommt meines Erachtens eine politische Schwäche dieser Genossen besonders klar zum Ausdruck.

Wir müssen erreichen, wenn wir in den kommenden Monaten des politischen Kampfes vorwärtskommen wollen, daß sich jeder Genosse über die Unterschiede der Aufgaben und der Arbeit der verschiedenen Massenorganisationen klar wird. Ich bin daher mit dem Genossen Hager der Meinung, daß die Hauptaufgabe die Erhaltung des Friedens ist und daß die Friedenskomitees die breiteste und geeignetste Plattform sind, um ein gutes Verhältnis zu den bürgerlichen Professoren, Dozenten und Studenten herzustellen. Ich bitte die neuen Parteileitungen, den Friedenskomitees qualifizierte Genossen zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet selbstverständlich, daß diese Genossen in den meisten Fällen schon Arbeiten haben, mit denen sie ausgefüllt sind. Aber es geht nicht, daß man eine Liste durchmustert und dann für die Arbeit in den Friedenskomitees diejenigen Genossen nimmt, die gerade noch übrig bleiben. Solch eine Art der Aufteilung der Aufgaben kann man bei unserer Hauptaufgabe, der Erhaltung des Friedens, nicht riskieren, sondern hier muß man der Logik die Ehre geben und den Friedenskomitees die besten Genossen zur Verfügung stellen.

Professor Steiniger, Humboldt-Universität, Berlin und Mitglied der Landesleitung SED Groß-Berlin

Ich möchte einen Vorschlag zur Pflege der Beziehungen mit Westdeutschland machen, der aus den Erfahrungen des Fakultätstreffens unserer Juristen anläßlich des Festivals entstanden ist. Gerade bei skeptischen Besuchern aus dem Westen unseres Vaterlandes war sehr häufig die Argumentation zu hören: Wir wollen weniger euer Agitationsmaterial als euer Faktenmaterial! Damit haben wir es sehr leicht. Wir haben unsere neuen demokratischen Gesetze genommen und sie den Freunden aus dem Westen Europas und Deutschlands gegeben. Sie sind uns aus der Hand gerissen worden. Das ist unser Faktenmaterial! Es ist die Grundlage für einen höchst fruchtbaren Briefwechsel geworden, der den Vorzug hat, daß unsere Studenten mit dieser politischen Propaganda und Agitation zugleich ihre Facharbeit verbessern und vertiefen.

In der gleichen Richtung liegt es, daß unser neugegründetes Institut für Staatstheorie an der Humboldt-Universität beschlossen hat, den Kollegen im Westen Deutschlands das Weißbuch des Nationalrates zu überreichen. Wir werden ihnen auch den Appell der Volkskammer und die Reden des Genossen Grotewohl mit einem entsprechenden Brief beilegen, um auf diese Weise eine Verbindung herzustellen, die unsere eigene Arbeit fördert und dem Frieden dient. Ich glaube, daß wir gar nicht unterschätzen dürfen, was durch einen solchen Briefwechsel erreicht werden kann. Ich möchte dafür nur zwei kleine Beispiele geben.

Wir haben zum Beispiel zum 75. Geburtstag des bürgerlichen Rechtslehrers

Professor Heinrich Lehmann einen höflichen Brief geschrieben. Er hat uns mit einem Schreiben geantwortet, in dem folgender Satz wörtlich vorkommt: „Ich hoffe, trotz meiner Jahre noch die Kraft zu haben, um mit Ihnen zusammen an der Erneuerung des Rechtes in einem demokratischen, friedliebenden, einheitlichen und unabhängigen Deutschland arbeiten zu können.“ — Professor Lehmann ist ein Mann, den wir überhaupt nicht kennen, der uns nur als ein bürgerlicher liberaler Mensch bekannt ist, der in den letzten Jahren sehr zurückhaltend gewesen ist.

Das zweite Beispiel: Schon bekannter ist ein Mann, der meines Wissens der Sozialdemokratischen Partei angehört, der führende Völkerrechtslehrer in Hamburg, Professor Lahr, der in einer Schrift über den Artikel aus der Bonner Verfassung, daß jeder Deutsche den Kriegsdienst mit den Waffen verweigern dürfe, wenn dieser Dienst gegen sein Gewissen geht, zu dem Schluß kommt — wie er uns das auch in einem sehr langen Briefwechsel schreibt —: „Da ein künftiger Krieg in der Hauptsache nur gegen die Ostdeutschen zu führen wäre, also gegen unser eigenes Volk, verstößt er gegen das Gewissen der Mehrheit unseres Volkes und damit gegen unsere Verfassung.“ Man sieht daraus, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn wir ernsthaft diesen Briefwechsel pflegen und wenn wir auch hier das Einigende in den Vordergrund stellen und nicht das Trennende.

Ich denke, daß ich an Hand dieser Beispiele die Richtigkeit und Wichtigkeit der Bemerkung des Genossen Hager unterstrichen habe, Verbindung mit dem Westen aufzunehmen. Hier haben wir alle noch sehr viel dazuzulernen in unserer Arbeit.